

# EUROPÄISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

„Wenn wir in Europa mit Erfolg die Soziale Marktwirtschaft praktizieren, müssen wir gleichzeitig die soziale Verantwortung, die wir im Innern empfinden, und für die wir nach menschlichen Maßen Lösungen gefunden haben, auch auf die übrigen Länder übertragen. Denkbar wäre es, daß die Ausbreitung der Sozialen Marktwirtschaft dann auch bei den anderen europäischen Ländern ein vermehrtes Verständnis für die Notwendigkeit und die Aufgabe einer Förderung der Entwicklungsländer zutage treten ließe. Noch dominieren gegenüber den Entwicklungsländern häufig die handelspolitischen Abwehrmethoden [...]“ (Müller-Armack, 1976, S. 263)

„Für Europa im ganzen wird sich daher die Notwendigkeit ergeben, nach der irenischen Formel zu suchen, die – nach meiner Überzeugung – das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt ausmacht. Europa kann ebensowenig einem Laissez-faire-Wettbewerb überantwortet werden wie einer sozialen Planifikation. Es steht im ganzen vor der dialektischen Aufgabe, seine Wirtschaftspolitik auf die Zielrichtung des sozialen Schutzes wie auf die der freien Initiative zu richten. [...]

Die Integration Europas ist im Endergebnis nicht nur eine politische Integration. Sie setzt die Integration der Wirtschaftsordnungen voraus. Extreme Lösungen, die durch freien Wettbewerb ein Standortbild automatisch erzeugen

wollen, haben ebenso wenig eine Chance wie Versuche eines liberalen Sozialismus zu einer behutsamen Planifikation. [...] So gesehen, müssen wir auch in Europa an eine geistige Anstrengung herangehen, das Fundament unserer Wirtschaftsordnung tiefer zu begreifen, und die Integrationsformel für eine Gesamtordnung suchen." (*Müller-Armack, 1976, S. 314f.*)

„Man ist allgemein übereingekommen, das Maß an Institutionen von der Übereinkunft über die funktionelle Seite des Gemeinsamen Marktes her zu bemessen. Ein anderes auch sehr neuralgisches Problem trat dafür an dessen Stelle: das der wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung und Harmonisierung. Gewiß erfordert ein Gemeinsamer Markt ein bestimmtes Maß an wirtschaftspolitischer Anpassung. Ein solcher Markt wird sicher selbst eine Kraft sein, die unterschiedliche wirtschaftspolitische Regelungen in der Steuerpolitik, in der Handelspolitik, in der Finanz- und Kreditpolitik und in bezug auf die sozialen Bedingungen auf die Dauer angleicht. [...] Die notwendige und mögliche Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Gemeinsamen Markt wird freilich einer schweren Belastung ausgesetzt, wenn man die Dinge überfordert." (*Müller-Armack, 1976, S. 324f.*)

„... die beste Integration Europas, die ich mir vorstellen kann, beruht nicht auf der Schaffung neuer Ämter und Verwaltungsformen oder wachsender Bürokratien, sondern sie beruht in erster Linie auf der Wiederherstellung einer freizügigen internationalen Ordnung [...]" (*Erhard, 1957, S. 283*)

„Es bedeutet nicht [...] einen Verzicht auf staatliche Souveränität, wenn sich die Völker Europas [...] zu einem möglichst freien Gütertausch auf einem umfassenderen europäischen Markte bekennen, sondern es bedeutet nach meiner Überzeugung gerade umgekehrt einen Mißbrauch der staatlichen Macht, wenn diese die Staatsbürger an der freien Entfaltung ihrer Kräfte und Fähigkeiten hindern will. Gerade eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung sichert den Fortbestand und die Selbständigkeit der Volkswirtschaften. Ein auf solche Weise föderativ aufgebautes und gegliedertes Europa verhindert im Gegensatz zu einer planwirtschaftlichen Ordnung die Setzung eines zentralistischen Überstaates. [...] Wem es also – aus welchem Grunde auch immer – um die Erhaltung der Selbständigkeit der europäischen Länder und ihrer Volkswirtschaften geht, der muß sich konsequenterweise zu einer marktwirtschaftlichen

Wettbewerbsordnung innerhalb dieses werdenden Europas bekennen.“  
(*Erhard, 1988, S. 234f.*)

„Es wäre allerdings eine falsche und gefährliche Konsequenz, aus dieser Aussage schließen zu wollen, daß zwischen den Völkern untereinander eine sogenannte Harmonisierung der Kosten und Lasten Platz greifen müßte, um zwischenstaatlichem Wettbewerb Raum geben zu können. Jeder Versuch einer Gleichmacherei auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet müßte nur ein neues Störungselement in die Wirtschaft tragen, denn man kann den Zusammenhang von Ursache und Wirkung nicht in das Gegenteil verkehren wollen.“ (*Erhard, 1962, S. 467*)

„Es ist eine der Hauptabsichten [...] gewesen, immer wieder deutlich zu machen, dass die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat. [...] Durch die allgemeine Ordnungspolitik muß versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern.“ (*Eucken, 1990, S. 313*)

„Wenn in einer irgendwie gearteten Ordnung alle Menschen gleichmäßig hungern, so ist das weder eine Lösung des Problems der gerechten Verteilung noch der Sicherheit oder irgendeiner anderen Erscheinungsform der sozialen Frage; sie wird es auch dann nicht, wenn diese Auswirkungen einer schlechten Ordnung durch ethische Verbrämungen und Appelle an das Gemeininteresse aller Menschen schmackhaft gemacht werden.“  
(*Eucken, 1990, S. 315*)